

Viertes FOM Mittelstandsforum

Ostwärts – Ho!

Handel und Wandel mit Osteuropa

Anmerkungen von Bodo Hombach

Verehrte Gäste,

in Berlin tobte 1848 eine Revolution. Ein Schlesier verließ vorsichtshalber die Stadt. Er floh vor Barrikaden und Pulverdampf in Richtung Heimat. Auf jeder Poststation fragten ihn die Leute aufgeregt nach den schrecklichen Ereignissen. Ihm fehlten nach und nach die Worte. Zuletzt brachte er alles auf einen Punkt. Er sagte nur noch: „Bumm!“

Im Kalten Krieg war die Ost-West-Kommunikation ähnlich elementar und dürftig. Was hinter dem Eisernen Vorhang passierte, klang immer nur wie „Bumm!“. Die Propaganda in den Sowjet-Staaten hatte für westliche Ereignisse auch kein anderes Wort. Für Konrad Adenauer begann Asien schon im Oberbergischen. Gleich hinter Köln.

Das hat sich geändert. Die Welt ist ein Dorf. So haben wir's gelernt. Im geschlossenen System „Erde“ braucht jeder jeden. Das ist manchmal unbequem. Man muss Rücksicht nehmen, sich von kuscheligen Vorurteilen verabschieden. Die Schlagbäume sind verschwunden. Oft ist das vorteilhaft. Manchmal ist es gefährlich. Übeltäter nutzen die Gunst der neuen Verhältnisse für ihre Zwecke.

Menschen, Ideen und Waren floaten frei durch riesige Räume. Ganze Erdteile sind jetzt „Heimat“. Da sollte uns Mittel- und Osteuropa nicht fremd sein.

Mit der Öffnung der Eisernen Vorhänge veränderten sich nicht nur die Beziehungen der kalten Kriegsgegner. Auch der Westen ist dabei, sich neu zu besinnen. Nicht nur auf sich selbst. Keine Rede vom Ende der Geschichte – wie vor ein paar Jahren eine wissenschaftliche Abhandlung betitelt war.

Außenbeziehungen sind nicht nur Sache kleiner, verschworener Gruppen. Sie sind nicht von einzelnen Regierungen arrangierte Ehen. Sie sind Herzensangelegenheit aller Weltbürger. Deren Horizont endet nicht am Tellerrand oder Gartenzaun. Wer andere Gründe braucht als Herzlichkeit, der findet die mit Sicherheit.

Die deutsche Wirtschaft ist vom Außenhandel abhängig. Zwei Drittel unserer Exporte gehen in die EU. Noch sind deutsche Exporteure Titelverteidiger. Doch schwinden die Zuwachsraten. Aus der Finanz- und Schuldenkrise ist in den Südstaaten eine handfeste Rezession geworden.

Das wirkt sich aus. 2012 schrumpften deutsche Ausfuhren in die EU um 13 Prozent. Ohne Osthandel und Chinahandel wären die ökonomischen Wetteraussichten neblig bis trübe. In den vergangenen Jahren gab es hier zweistellige Wachstumsraten.

Mit Russland lagen sie um die Hälfte über denen des deutschen Außenhandels insgesamt. Auch volumenmäßig führt Russland die Hitliste mit 80,5 Milliarden Euro an. Polen mit 75,7 Milliarden Euro und Tschechien mit 64,8 Milliarden Euro auf Platz 2.

Auch das ist kein Selbstläufer mehr. China holt weltweit mächtig auf. Seit 2007 sank der deutsche Vorsprung von 105 auf 35 Milliarden Dollar. Er wird im laufenden Jahr komplett verdunsten.

Die deutsche Solarindustrie hat es erlebt. Andere Branchen werden folgen. Die Idee, sich dagegen mit hohen Strafzöllen für chinesische Importe zu wappnen, ist ein gefährlicher Irrtum. Sie sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Es geht um mehr als um das Zusammenschrauben von Kollektoren. Wenn der Handel an einer Stelle lahm, ist ein Handelskrieg das falsche Mittel, ihn zu beleben.

Im „Reich der Mitte“ paart sich ein rigoroser Staatskapitalismus mit einer jungen Generation erfolgswilliger Aufsteiger. Dieses Junktim ist eine brisante Multiplikation der Kräfte. Ich war bis Ende letzter Woche mit Wissenschaftlern da. China wird der Weltwirtschaft noch manche Linie ziehen, auf der diese dann zu schreiben hat.

Wir reden von einem Land mit über einer Milliarde Einwohnern. Wir reden von einem Staat, in dem große Projekte und Trends nicht auf Konsens und Partizipation achten. Gewiss, China wird bei seiner rasanten Entwicklung auch Fehler machen. Aber die dürften uns nicht freuen. Wir selbst werden dann ebenfalls darunter leiden.

Zwei harmlos scheinende Symptome belegen den Wachwechsel an der Spitze des Außenhandels: Westliche Firmen finden in China nicht mehr das wohlfeile Billig-Lohn-Land. Eine verlängerte Werkbank können sie für den heimischen Binnenmarkt trotz hoher Gewinnmargen nicht mehr zu Schleuderpreisen einsetzen. Auf der Suche nach Hungerleidern sind viele schon weitergezogen. Die Katastrophe in Bangladesh zeigte, wo sie sich zur Zeit aufhalten.

Zweitens bezeugen sorgenvolle Mahnungen Chinas an die Euroländer, wie viel Geld sie schon in Europa angelegt haben und nicht verlieren wollen.

Zurück zu Russland.

Gerade veröffentlichten der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer interessante Zahlen. 135 Unternehmen wurden nach ihrer Einschätzung des Geschäftsklimas befragt. Mit 21 Prozent stammen die meisten beteiligten Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, gefolgt von Beratungsdienstleistern (14 Prozent), der Automobilindustrie (elf Prozent), der Agrar- und Ernährungswirtschaft (neun Prozent), der Bauwirtschaft (neun Prozent), dem Groß- und Einzelhandel (neun Prozent) sowie der Energie- und Rohstoffwirtschaft (sieben Prozent). Rund 25 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, ihren Hauptsitz in Moskau zu haben. Zehn Prozent haben ihre Zentrale in St. Petersburg. Die befragten Unternehmen stehen für über 81.000 Beschäftigte in Russland und rund 2,2 Millionen Beschäftigte weltweit. Dabei setzen die Unternehmen rund 13 Milliarden Euro in der Russischen Föderation und über 460 Milliarden Euro in der Welt um. Die letzte vergleichbare Umfrage wurde im Dezember 2011 durchgeführt.

Die Befrager kommen zu dem Ergebnis: Bei aller Dynamik und trotz vieler Unwägbarkeiten ist Optimismus verbreitet und auch angesagt.

Die Investitionsbedingungen vor Ort sind günstig.

Der im vorigen Sommer erfolgte WTO-Beitritt Russlands lässt weitere positive Impulse erwarten:

- 50 Prozent der befragten Unternehmen stellten im vergangenen Jahr eine Verbesserung des Geschäftsklimas in der Russischen Föderation fest. 83 Prozent rechnen im laufenden Jahr mit einer positiven Entwicklung der russischen Wirtschaft. Anders als in vielen Ländern des Euroraums beobachten sie in Russland 2013 keine Rezession.

- 64 Prozent der befragten Unternehmen halten auch die eigene Geschäftslage für gut bis sehr gut, 65 Prozent wollen ihr Personal in Russland aufstocken und über 800 Millionen Euro investieren.

Wer nach Problemen sucht, findet sie nicht in der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern in konkreten Verfahrensfragen.

- Schlechte Noten erhält z.B. die deutsche Visavergebep Praxis für russische Staatsbürger. 80 Prozent der Unternehmen fordern die Abschaffung der Visapflicht zwischen der Europäischen Union und Russland.
- Die Mehrzahl der befragten Unternehmen wünscht sich konkrete Schritte der russischen Regierung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.
- Moskau und St. Petersburg liegen in der Gunst der deutschen Investoren weiterhin vorn, andere Regionen holen jedoch deutlich auf.

Die größten Wachstumschancen errechnen sich die Energie- und Rohstoffbranche sowie die Automobilindustrie.

Die positiven Zahlen und Signale dürfen nicht verschleiern, dass auf den Außenhandel auch Faktoren einwirken, die den unmittelbaren Geschäftspartnern entzogen sind. Wenn sich große Weltteile ökonomisch annähern, die politisch und ideologisch für Jahrzehnte oder länger getrennt waren, bleibt das Verhältnis noch lange fragil.

Zudem hat Russland noch immer Eigenschaften eines Entwicklungslandes, z. B.

- eine Monostruktur als Rohstofflieferant,
- eine gut informierte, aber autokratische Entscheidungsspitze mit einer schwachen Entscheidungskette im mittleren und unteren Bereich,
- einen gering entwickelten Sektor mittelständischer Betriebe,
- eine schwerfällige und für Außenstehende schwer zu enträtselnde Bürokratie.

Wer sich vom Osten ein wahres Bild macht, sollte den Quastpinsel zu Hause lassen.

Die Wirklichkeit ist sehr viel differenzierter. Auch differenzierter als unsere leider immer pauschaler werdende Medienberichterstattung.

Selbst Prof. Klaus Mangold, bis vor Kurzem Vorsitzender im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und exzellenter Kenner und Liebhaber der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, warnt vor Illusionen.

Zwar gibt es enorme Fortschritte. Lebensstandard und Wohlstand wachsen. Nicht nur in Moskau und St. Petersburg. Der Reformeifer lahmt jedoch. Nicht aus Mangel, sondern aus Reichtum.

Wer allein durch Rohstoffexporte volle Kasse macht, warum sollte der nun auch noch den Mittelstand entwickeln oder mit modernen Produkten auf dem Weltmarkt konkurrieren. Der Wandel bei der Energieerzeugung im Westen führt zu sinkenden Rohstoffeinnahmen. Das könnte die Investitionsbereitschaft zusätzlich bremsen.

In der Ära Putin kühlt sich das politische Klima zwischen Europa und Russland ab. Enttäuschungen und Missverständnisse spielen dabei die übliche Rolle. Der Kalte Krieg sei vorbei, so Mangold, jetzt drohe jedoch ein Kalter Frieden, der die Beziehungen subtiler, aber nicht weniger nachhaltig beschädigen könne.

Ob das Riesenland in Isolation gerät, ist nicht nur dessen Sache. Es sollte alle umtreiben, die – zu recht – eine gefährliche Unwucht der internationalen Beziehungen fürchten.

In der Ukraine beobachten wir weniger Aufbruch als Stillstand. Das Land lebt dramatisch unter seinen Möglichkeiten. Es muss sich irgendwann entscheiden, ob es Richtung Russland oder EU gehen will. Gefährlich ist der hohe Pegelstand an Missverständnissen. Noch fehlt es an einem stabilen Dialog, wie er nach dem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland geführt wurde. Der könnte alte Verkrustungen zerkleinern und auflösen, bevor wieder irgendwelche Türen knallen.

In den Ländern Südosteuropas – oder des Balkans - zeigen sich ähnlich fleckige Bilder. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist längst nicht ausgestanden. Im Gegenteil: Die wirtschaftlichen Indikatoren blieben 2012 weit unter den Erwartungen.

Fast die Hälfte des Warenaustausches realisieren die Länder des Westlichen Balkans mit der EU. Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner.

Jeder Fortschritt braucht stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Ich gebe Kommissar Oettinger Recht: Die EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien sind schlecht regierbar und regiert. Unerlässlich hier: gut ausgebildete Fachkräfte. Auch daran mangelt es.

Die Visa-Liberalisierung für die Länder des Westlichen Balkans ist drauf und dran, an Missbrauchsfällen zu scheitern. Eine populistische Politik, die Ängste schürt, anstatt Chancen zu betonen, grenzt aber Millionen von anständigen und anpassungswilligen Menschen aus. Sie richtet immensen politischen und wirtschaftlichen Schaden an.

Deutsche Unternehmen investieren klugerweise nur in ein Umfeld, wo man geltendes Recht auch einklagen und durchsetzen kann, wo Korruption energisch bekämpft wird, wo es transparente Verwaltungsverfahren gibt. Das ist allerdings mehr Appell als Interpretation und Analyse.

Internationale Märkte brauchen gute Verbindungen über Schiene, Straße oder Schiff. Dazu gehören moderne Breitbandnetze für reibungslose Kommunikation.

Sehr störend ist die noch mangelhafte regionale Kooperation der Balkanstaaten. Die könnte die Stabilität und damit auch die Investitionssicherheit in der Region entscheidend fördern. Die CEFTA ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Zur Attraktivität eines Investitionsstandortes gehört die Förderung der Aus- und Weiterbildung, besonders der beruflichen Bildung.

Der Ost-Ausschuss führt mit finanzieller Unterstützung des BMZ sowie deutscher Unternehmen das Zoran-Djindjic-Stipendienprogramm der deutschen Wirtschaft für den Westbalkan durch. Junge Menschen erhalten die Möglichkeit, in deutschen Unternehmen ein Praktikum zu absolvieren und so den Arbeitsalltag hier in Deutschland kennenzulernen. Ein kleiner Beitrag, aber ein bedeutsames Signal, das sehr beachtet wird und schon Früchte trägt.

Dem langen Wunschzettel stehen leider bremsende Faktoren entgegen. Als Folge der Finanz und Wirtschaftskrise nimmt in allen Ländern Osteuropas die staatliche Verschuldung zu. Hauptziel ist gegenwärtig die Haushaltskonsolidierung mit Folgen

für den Arbeitsmarkt und die Binnennachfrage. Banken sind sehr zurückhaltend bei der Finanzierung geworden. Zugleich bemängeln sie, dass sie mehr gut geplante Projekte finanzieren könnten als zur Verfügung stehen. Geldmittel können nicht nur fehlen. Sie können auch fruchtlos versickern.

Anfang Mai veröffentlichte DIE WELT ein Ranking der Staaten in Bezug auf Bestechung und Korruption im Geschäftsleben. Man hatte die Spitzenmanager von 3.500 Unternehmen befragt, wie stark Verstöße gegen Treu und Redlichkeit in ihren Ländern an der Tagesordnung seien. Die Gruppe der Upper Ten führen acht osteuropäische Kandidaten an.

Aus eigener und leidvoller Erfahrung mit Balkanstaaten weiß ich, wie stark noch immer eine Substruktur von Seilschaften aus der Vergangenheit agiert. Sie sitzt bei allen Verhandlungen unsichtbar mit am oder unter dem Tisch. Ethnische Interessen kommen hinzu. Die Schicht der modernen Verfechter einer demokratischen und offenen Bürgergesellschaft ist dünn. Sie hat noch einen langen Weg vor sich.

Der Umstieg von der Plan- in die Marktwirtschaft ist stellenweise nur theoretisch akzeptiert. Die Regeln des freien Marktes und des fairen Wettbewerbs gelten nur für andere. Es braucht Generationen, um ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass ein Spiel nur dann auf Dauer Freude macht, wenn sich jeder an die Regeln hält.

Bevor wir nun die Nasenspitze heben: Auch wir lernen noch immer an dieser Lektion. Unser reales Führungszeugnis entspricht noch lange nicht dem „Verhaltenskodex zur Sicherung einer sauberen Unternehmensführung“, wie er nach spektakulären Skandalen bei uns nun fleißig geschrieben wurde. Es zeigt sich einmal mehr, dass Kontrolle dem Vertrauen überlegen ist. Erst recht, wenn handfeste Interessen im Spiele sind. Es braucht glasklare Maßgaben und Konditionen, deren Einhaltung ständig zu überprüfen ist. Konditionalität versteht man – gerade im Balkan - sehr gut.

Meine Damen und Herren,

das russische Wort für Deutsche heißt „Nemec“. Es bedeutet „die Stummen“ und bezog sich auf die deutschen Handwerker, die Peter der Große in einem abgeschlossenen Viertel seiner Hauptstadt angesiedelt hatte. Sie sollten ihm helfen, das uralte bärtige Russland zu modernisieren. Offenbar sprachen sie wenig und wenn, konnte man sie nur schlecht verstehen.

Wer die heutige Welt modernisieren will, muss offen sprechen und sich möglichst gut verständlich machen. Kommunikation auf allen Ebenen ist gefordert, am besten mit zwei Ohren und einem Mund. Symbolisch gesprochen brauchen wir wieder eine Art Seidenstraße, die den Kontinent von West nach Ost und von Ost nach West durchquert. Hier wandern die Karawanen mit heutiger Logistik. Hier begegnen sich die Staaten und Völker, tauschen Waren, Ideen und Geschichten aus. Das braucht eine differenziertere Sprache als die eine Vokabel „Bumm“, die jenem Schlesier zur Verfügung stand. Das braucht auch ein starkes Bewusstsein von der Interdependenz aller Menschen und Ereignisse.

Man muss viel voneinander wissen. Man sollte möglichst viele gemeinsame Ziele haben. Am wichtigsten: Man sollte so viel wie möglich gemeinsam tun.

Das klang wie ein Schlusswort – und war es auch. Ich danke Ihnen und freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.